



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Außeruniversitäre Forschung 6: Wissenschaftskommunikation in der außeruniversitären Forschung stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Wissenschaftskommunikation in der außeruniversitären Forschung zu stärken, indem sie

1. die Vermittlung und Darstellung wissenschaftlicher Thematik in der Öffentlichkeit als ein Kriterium der Förderprogramme der Staatsregierung aufnimmt,
2. neue digitale Formate im Bereich der Wissenschaftskommunikation und des Wissenschaftsjournalismus unterstützt,
3. Citizen Science Modelle fördert,
4. zusätzliche finanzielle Ressourcen bereitstellt, damit Forscherinnen und Forscher an außeruniversitären Instituten der Öffentlichkeit regelmäßig über ihre wissenschaftliche Arbeit und Forschungsergebnisse berichten können und so dazu beitragen, den Dialog zwischen Fachöffentlichkeit und breiter Öffentlichkeit zu befördern.

Begründung:

Fraunhofer IMWS 2017: „Die Wissenschaftskommunikation befindet sich ... in einem rasanten Wandel: Neue Entwicklungen wie Citizen Science, Social Media oder der digitale Umbruch in der Medienbranche erfordern neue Werkzeuge und eine Reflexion der bisher üblichen Prozesse. Zugleich ist die Wissenschaftskommunikation in einem vermeintlich „postfaktischen“ Zeitalter bedeutender denn je: Die Unterscheidung zwischen These und Fakt, zwischen Behauptung und empirisch belegtem Wissen, ist längst nicht nur in der Berichterstattung über Wissenschaft zur Nagelprobe für einen informierten, reflektierten und konstruktiven gesellschaftlichen Diskurs geworden.“

Wissenschaft und Forschung verändern unseren Alltag und unsere Arbeitswelt. Sie tragen dazu bei, dass wir gesellschaftliche, politische und kulturelle Veränderungen und Probleme verstehen und Lösungen entwickeln können. Sowohl die Ergebnisse der Wissenschaft als auch das Verständnis dafür, wie sie arbeitet und zu ihren Erkenntnissen kommt, gehören daher zum Fundament einer informierten und entscheidungsfähigen Gesellschaft. Dazu trägt wesentlich ein unabhängiger Wissenschaftsjournalismus bei. Wissenschaft wiederum ist auf gesellschaftliche Unterstützung angewiesen: Um frei und erkenntnisgeleitet arbeiten zu können, benötigt sie das Vertrauen in ihre Kompetenz und ihre Integrität.

Die Vorläufigkeit und Vielstimmigkeit wie auch die Grenzen der Wissenschaft müssen benannt werden. Neben den Erkenntnissen, den Inhalten und den Ergebnissen müssen auch die wissenschaftlichen Methoden vermittelt werden.

Die Digitalisierung sorgt für einen schnellen und unmittelbaren Zugang zu wissenschaftlichen Informationen und bietet neue Chancen der Teilhabe, der Transparenz und des Austauschs. Gleichzeitig bringt der Wandel auch neue Herausforderungen mit sich: Die Zahl der Kommunikationskanäle hat sich multipliziert und Zielgruppen haben sich weiter ausdifferenziert. Die Kommunikation hat sich vor allem durch die Sozialen Medien verändert: Sie wird unübersichtlicher, Fehlinformationen verbreiten sich schneller und der Umgangston wird gelegentlich rauer.

Es ist Aufgabe der Staatsregierung, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Fachrichtungen darin zu unterstützen, ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Breite der Gesellschaft zu tragen und somit im Bereich Forschung und Entwicklung die demokratische Partizipation zu stärken.

Analog zur Zielsetzung der Wissenschaftskommunikation für die universitäre Forschung im Rahmen der Hochschulgesetzgebung bedarf es entsprechender Anreizsysteme für Kommunikationsleistungen in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Es soll sich lohnen, Wissenschaftskommunikation in die wissenschaftliche Laufbahn zu integrieren.